

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1
98. Plenarsitzung, Mittwoch, 29. Januar 2020

„Rheinland-Pfalz gegen Hass und Hetze“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

29.01.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bekenntnis zu Freiheit, Pluralität und Toleranz ist unser demokratischer Grundkonsens. Umso wichtiger ist es, dass Politik, Schulen, Medien diesen Grundkonsens offensiv und leidenschaftlich vertreten. Denn Demokratie hat keine Ewigkeitsgarantie. Rechtsstaat und Grundwerte müssen immer wieder aufs Neue gesichert werden. Die CDU-Fraktion begrüßt die Kampagne, das Themenjahr der Landesregierung gegen Hass und Hetze, gegen die erschreckende Verrohung im Netz.

Ich darf erinnern: Schon vor drei Jahren hatten wir Christdemokraten eine Orientierungsdebatte beantragt. Denn wenn es darum geht, für Werte und Zusammenhalt einzustehen, ist breiter politischer Schulterschluss geboten. Wie wichtig klare Positionierungen sind, zeigen die aktuellen Entwicklungen in Rheinland-Pfalz.

- Die Zahl antisemitischer Straftaten steigt.
- Verbale und körperliche Übergriffe auf ehrenamtlich Engagierte, auf Rettungskräfte, auf Polizistinnen und Polizisten, auf Feuerwehrfrauen und -männer, auf Behördenmitarbeiter und auf Mandatsträger nehmen zu.

Besonders in Deutschland haben wir furchtbare Erfahrungen mit Anfeindungen und Lügenpropaganda gemacht. Aus Worten wurden schlimmste Verbrechen. Wir stehen in besonderer Verantwortung, alles dafür zu tun, dass Hass und Hetze niemals wieder alltäglich werden. Deshalb muss der Staat rote Linien ziehen.

Sie lauten:

- Rechtssicherheit,
- funktionierende Institutionen,
- verbindliche Regeln, deren Einhaltung eingefordert wird.

Von jeder Bürgerin und von jedem Bürger.

Und wo das nicht geschieht, muss der Rechtsstaat hart durchgreifen. Bereits 2011 forderte die CDU-Fraktion deshalb frühzeitig Sonderdezernate bei den Staatsanwaltschaften, um Hasskriminalität zu bekämpfen. Die Landesregierung hat das damals nicht umgesetzt. Auch fordern wir schon lange, die rheinland-pfälzischen Sicherheitsbehörden besser auszustatten, damit sie verfassungsfeindliche Aktivitäten besser überwachen können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

miteinander gut leben – Das Motto der Themenkampagne. Unter diesem Motto verstehe ich aber mehr als Symbolpolitik, Frau Ministerpräsidentin Dreyer.

Miteinander gut leben –

- tun wir dort, wo Bürgerinnen und Bürger sich sicher fühlen, weil es ausreichend Polizisten gibt, die schnell vor Ort sein können. Und die Polizei nicht systematisch über Jahre und Jahrzehnte kaputt gespart wird, sondern modernste Ausstattung nutzen kann.
- Wo genug Richter und Staatsanwälte sind, die Recht durchsetzen und dafür sorgen, dass der Rechtsstaat respektiert wird.

Miteinander gut leben

- ist die bestmögliche Grundschulbildung für unsere Kinder. Denn hier werden die Weichen für ein besseres Leben, für Chancen, für Zukunft gestellt. Und da dürfen nicht 3000 Lehrer fehlen und wertvoller Geschichts- und Sozialkundeunterricht ausfallen!

Miteinander gut leben

- das ist, im Alter sicher auf Fürsorge vertrauen zu dürfen, sind verlässliche Pflege, ausreichend Medizinstudienplätze, attraktive Hochschulen.

Miteinander gut leben –

- lässt sich dort, wo Kommunen finanziell Luft haben.
- Wo Stadt und Land zu attraktiven Zukunftsregionen verschmelzen, mit guter Infrastruktur und starken Unternehmen, die Arbeit und Wohlstand sichern.

Miteinander gut leben –

- tun wir dann, wenn wir unseren Vereinen, unseren Verbänden, den vielen Ehrenamtlichen, denen, die Heimat schaffen, den Rücken stärken,
- wenn wir Kulturpolitik auch in der Fläche wirklich ernst nehmen.
- Wenn sich Integrations- und Flüchtlingspolitik konsequent an die Regeln unseres Rechtsstaates halten!

Diese Punkte sind Grundzüge einer Politik, die Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit im Alltag gibt. Die Gewissheit, dass für eine gute Zukunft gesorgt wird. Das – sehr geehrte Damen und Herren – gilt es, mit Leidenschaft zu vermitteln. Denn Lust auf Politik, Lust auf Gestalten in einer Demokratie, mit Optimismus und mit Zukunftsfreude – das sind ganz wichtige Helfer, die Hass und Hetze Nährboden entziehen, mehr als Kampagnen und Hashtags es jemals könnten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn Kommunen am Tropf hängen, wo Kürzungen in Bereichen wie Schule, Schwimmbäder, ÖPNV, Polizei, Gerichten, der Kultur, Missstände in Krankenhäusern und in der Pflege – nicht nur zu maroder Infrastruktur führen, sondern unmittelbar die Lebensqualität der Bevölkerung entwerten – dann sind das ganz entscheidende Faktoren für Unzufriedenheit.

Und deshalb reichen PR-Kampagnen nicht, Frau Ministerpräsidentin. Eine gute, die Zukunft gestaltende und die Gegenwart sichernde Landespolitik, Institutionen die funktionieren, – darauf kommt es an. Dann wächst Vertrauen und dann schwinden Unzufriedenheit und Hass.